im März, die Walzwerkproduktion um 3,3 Prozent. Die **Kokserzeugung** ist von März auf April um 6,8 Prozent, die **Steinkohlenförderung** um 2,7 Prozent gesunken. Nur die Braunkohlenförderung ist unverändert geblieben. Wenn man berücksichtigt, daß besonders in den Grundstoffindustrien größere Produktionseinschränkungen eine Erhöhung des Kostensatzes je Produktionseinheit bedingen, so darf man aus dem Umfang der Produktionssenkung wohl annehmen, daß es sich hierbei **nicht allein um eine Zufallsschwankung** handelt. In den Industrien der Nichteisenmetalle scheint sich der Geschäftsgang etwas günstiger entwickelt zu haben. So ist zum Beispiel die arbeitstägliche Produktion von Rohzink und von Hüttenweichblei im April leicht gestiegen. Dabei ist freilich zu beachten, daß die inländische Produktion nur etwa 40 bis 50 Prozent des Bedarfs an diesen Metallen decken kann. Eine Bedarfsverminderung wird sich daher in erster Linie in der Einfuhr bemerkbar machen. Die Zinkeinfuhr ist, obwohl sie sich immer noch auf hohem Stande bewegt, von März auf April um 4,8 Prozent, die Bleieinfuhr um 18,4 Prozent gesunken. Ueber die Erzeugung der Metallwalzwerke liegen noch keine Angaben für den Monat April vor. Im März hatte sich eine geringe Senkung der Produktion ergeben. Soweit aus Einzelberichten erkennbar ist, dürfte sich die Lage im April nicht wesentlich geändert haben. Für die metallverarbeitende Industrie sind Produktionszahlen noch nicht erhältlich. Der Auftragsbestand scheint jedoch leicht zu sinken. So ist vor allem in der Eisen- und Stahlwarenindustrie, in der Emailleindustrie, in einzelnen Teilen der Fahrzeug- und Maschinenindustrie und bei den Werften eine Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingetreten. Die Rückgänge halten sich aber in engen Grenzen, so daß die Produktion im ganzen immer noch eine beachtliche Höhe haben dürfte.

In der **Textilindustrie** sind im April Produktion und **Auftragseingang weiter gesunken**. Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index der Textilproduktion hat den **tiefsten Stand seit Dezember 1926** erreicht. Der Auftragseingang in den letzten drei Monaten war, soweit die verfügbaren Zahlenunterlagen Aufschluß darüber geben, um rund 14 Prozent geringer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Der Rückgang erstreckt sich auf fast alle Zweige der Textilindustrie. Auch in den letzten Wochen scheint sich die Lage nicht wesentlich verändert zu haben. Ueber die Papierindustrie liegen für den Monat April noch keine Produktionszahlen vor. Soweit jedoch aus Einzelberichten erkennbar ist, scheint sich der Geschäftsumfang im ganzen annähernd auf der im März erreichten Höhe, etwas unter dem Höchststand von Ende 1927, zu bewegen."

Diese trockene Feststellung des Zusammenbruches der Konjunktur bedeutet für das Proletariat erhöhte Entbehrungen durch Arbeitslosigkeit und Lohndruck und die Entlarvung der Lüge vom „Aufstieg" des Proletariats im „demokratischen" Kapitalismus.

Zechenstillegungen

Die Kölnische Volkszeitung, das führende rheinische Zentrumsblatt, bringt folgenden Bericht, aus dem hervorgeht, daß die vom der staatlichen Zeche Recklinghausen eingeleiteten Bergarbeiterentlassungen von den Privatzechen munter fortgesetzt werden.

„Die Zechenstillegung macht leider weitere Fortschritte. Während die Zechenherren rezeßmäßig erklären, daß es sich um unrentable Anlagen handele, steht die Arbeiterschaft auf dem entgegengesetzten Standpunkte. So soll die Zeche Preußen II (Harpener Bergbau A.-G.) bei Linen nach einer bis zum 15. Juli vorzunehmenden Belegschaftsverminderung um 600 Mann in 1 bis 1½ Jahren vollständig stillgelegt werden. Dem gegen diese Absicht erhobenen Protest des Betriebsrates, der 2000 Arbeiter vertritt, entnehmen wir folgende Einzelheiten: Seit 1926 ist die Zeche, die seit 1905 im Betrieb ist und eine tägliche Kohlenförderung von 2400 Tonnen aufweist, unter und über Tage auf das modernste ausgebaut worden, um eine tägliche Förderung in erhöhtem Maße aufnehmen zu können. Das vor etwa einem Vierteljahr beschlossene und in Angriff genommene Abteufen des Schachtes II bis zur neuen 4. Sohle ist vor einigen Tagen, wie auch sämtliche Gesenke zu derselben, eingestellt worden. Nach den Berechnungen der Markscheiden und Geologen hat die Zeche Preußen II in der 1. und 3. Sohle noch einen Kohlenreichtum von etwa 42 Millionen Tonnen. Dieser Kohlenreichtum würde bei einer Ausbeute von täglich 2400 Tonnen etwa 70 Jahre ausreichen. Durch Niederbringen eines der vorhandenen Schächte auf 800 bis 900 Meter Teufe würde ein Kohlenvorrat von über 200 Millionen Tonnen angetroffen werden. Die jetzige Teufe der Schächte beträgt bereits 600 Meter. Die Stillegung der Zeche Preußen II würde sich um so schwerer auswirken, als im Jahre 1926 die Schwesteranlage Preußen I (etwa eine halbe Stunde entfernt) zum Erliegen kam. Damals wurde den Arbeitern die Zusicherung gegeben, daß sie auf Preußen II untergebracht werden und daß diese Zeche für eine Stillegung nicht in Frage komme.

Man kann es nicht begreifen, daß zwei Jahre lang an dem ganz modernen Ausbau einer Zeche mit Volldampf und ungeheuren Kosten gearbeitet wird und daß plötzlich Unrentabilität festgestellt wird. Da fehlt es doch an der erforderlichen Urteilskraft entweder im Jahre 1926 oder im Jahre 1928. Wenn die obigen Mitteilungen des Betriebsrates zutreffen, ist der Schluß zulässig, daß 1928 den Tatsachen ein unerhörter Zwang angetan wird, um die Stillegung zu begründen. Auf der Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins am 31. Mai erklärte der Geschäftsführer dieses Vereins: „Angesichts der Tatsache, daß dem Ruhrkohlenbergbau in den Jahren 1924 bis 1926 eine achtmalige Lohnerhöhung ohne jeden Preisausgleich aufgezwungen worden sei, die eine Mehrbelastung von über eine Milliarde an Löhnen erbracht habe, sei es nicht verwunderlich, daß während dieser Zeit nicht weniger als 19 Zechen zum Erliegen gekommen sind." Gegenüber dieser Darstellung muß doch hervorgehoben werden, daß die Oeffentlichkeit über die fortschreitenden Stillegungen in hohem Maße „verwundert" ist und ihre sachliche Berechtigung keineswegs in allen Fällen anerkennt."

Die Kohlenbarone spekulieren ganz richtig, wenn sie der kommenden „Linksregierung" die Verantwortung zu schieben, und die Arbeiter auf die für „die Wirtschaft unerträgliche" Politik der Regierung verweisen, und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie wissen, daß die „Linksregierung" das Proletariat besser in Schach halten kann, als die „Reaktion".

Düsseldorf, 5. Juni.

Die Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Steinkohlenbergbau, beabsichtigen auf der Schachtanlage „Unser Fritz" die Entlassung von 1000 Bergarbeitern und 50 Angestellten. Wie verlautet, sollen die entsprechenden Verhandlungen mit dem Demobilmachungskommissar bereits eingeleitet worden sein.

Die Zechen des preußischen Staates, wo Gewerkschaftsbeamte im Aufsichtsrat und in der Direktion sitzen, haben bekanntlich auch die Entlassung von ein paar Tausend Arbeitern angekündigt. — Das sind die Folgen der Rationalisierung, die von den Gewerkschaften mit allen Mitteln gefördert wird.

Aus der Bewegung

Halle

Nachklänge zum Wahlkampf.

Die große Schlacht ist nun geschlagen. Die „KAZ." hat an anderer Stelle schon Stellung genommen, auch dazu, was jetzt kommen wird.

Wir wollen einige Streiflichter von jenem heroischen Kampf geben, wie er sich in Halle und Umgebung abgespielt hat; d. h. in Halle ist zuviel gesagt. Hier hat die SPD. und die KPD. im Gegensatz sogar zu bürgerlichen Parteien es nicht gewagt, öffentliche Versammlungen mit Diskussion stattfinden zu lassen. Einige Wahlkundgebungen ohne Diskussion sind wir von der SPD. ja schon gewöhnt. Diese Partei kann sich, weil ihr allzuviel Dreck am Stecken hängt, solche Dinge nicht erlauben. Denkende, nur halbwegs aufgeklärte Proleten wissen, was sie von der SPD. zu erwarten haben. —

Daß aber auch die KPD. nicht gewagt hat, öffentliche Versammlungen in Halle selbst stattfinden zu lassen, spricht Bände für sich. Die Schweinereien der verganzenen KPD.-Reichstagsfraktion stinken zum Himmel. Bei öffentl. Versammlungen hätten wir den Tempelwächtern des Leninismus schon die Maske vom Gesicht gerissen. Das wäre der KPD. zu gefährlich gewesen, zumal sich auch hier am Orte eine verhältnismäßig starke Gruppe unentschiedener linker Kommunisten, gen. Leninbund, in der KPD. unliebsamer Weise bemerkbar gemacht hat.

So hat sich die KPD. als „einzige Vertreterin" der Arbeiterklasse nur zu einer „rote Wahlrevue" 1000 rote Fäuste, die allerdings nur gezeigt wurden, aber nicht zupackten —, und einer Wahlkundgebung aufraffen können. Es fängt schon langsam an, im Gebälk der KPD. zu knistern und die Proleten, die nicht von dem politischen Zusammenbruch der stalinschen Parlamentspartei getroffen werden wollen, verlassen fluchtartig die KPD. Daran ändert alles Geerde der Lademann — Schröder nichts mehr.

Wenn die Produktiv-Genossenschaft, der Konsum und die Ortskrankenkasse, in der fast nur KPD.-Mitglieder beschäftigt werden, nicht wäre, so wäre von der KPD. organisatorisch nicht viel mehr übrig. Diese Wertvernichtungswirtschaft hält den gesamten „Parteiladen" hier noch aufrecht.

Wir konnten also in Halle nicht in öffentlichen Versammlungen der „Arbeiterparteien" sprechen. Trotzdem ist es uns gelungen, in Versammlungen anderer Organisationen und auch auswärts zu den Arbeitern zu sprechen.

Die Anarchisten hatten zu einer öffentlichen Versammlung einberufen. Ihr Referent zeigte in einer Art, wie sie Professoren bei Vorlesungen eigen ist, den Proletariern die Unmöglichkeit der Benutzung des Parlaments als Kampfwaffe. Mit Zitaten von Weitling, Kropotkin, Most und Wilh. Liebknecht glaubte er bewiesen zu haben, daß das Proletariat ablehnen muß jedwede Organisierung der Kräfte, auch nach der Uebernahme der Macht, wie sie von den Marxisten in der Diktatur des Proletariats, als Uebergang zur klassenlosen Gesellschaftsordnung, gefordert wird. Gewalt schafft wieder Gewalt, sie wollten aber freie Menschen sein. —

In der Diskussion sprach als erster anscheinend ein Nationalsozialist. Wenn die Arbeiter ihre Stimme nur solchen Parteien geben, die ehrlich gegen die Reaktion kämpfen, dann könnte die Reaktion „einpacken", war kurz gesagt, der Extrakt seiner Ausführungen. Als zweiter Diskussionsredner sprach wieder der Referent.

Dann sprach als dritter ein Genosse der AAU. Er zeigte auf, daß es nicht darauf ankommt, in philosophisch-materialistischer Art den Arbeitern über das Parlament zu referieren, sondern daß es darauf ankommt, zu zeigen, daß in der damaszahlenmäßigen und ideologischen Schwäche des Proletariats tatsächlich die Möglichkeiten gegeben war, mit Hilfe des Parlaments für das Proletariat kleine Vorteile zu erringen. Die ökonomische Veränderung des Kapitalismus, wie sie sich im Imperialismus vollzogen hat, erfordert naturgemäß andere Kampfmethoden vom Proletariat. Die proletarische Revolution ist, antiparlamentarisch, antigewerkschaftlich und antigesetzlich, ihr Weg geht über die Steigerung wirtschaftlicher Massenaktionen zu politischen Machtkämpfen, unter gleichzeitigem Kampf um die wirtschaftl. Macht, über die Diktatur des Proletariats zur klassenlosen Gesellschaftsordnung. Die moderne Kampfwaffe des Proletariats sind die rev. Räte und rev. Aktionsausschüsse, ihr Fundament die Betriebsorganisationen.

Als nächster sprach wieder der Referent. — Auf die Ausführungen unseres Genossen erwiderte er, ob es richtig oder falsch war, daß das Proletariat mit Hilfe des Parlaments im die Jahrhundertwende herum, Verbesserung seiner Lebenslage erhoffen, darüber wolle er nicht streiten, die Frage lasse er offen. Im übrigen wiederholte er die Ausführungen, die er im Referat über die Diktatur des Proletariats gemacht hatte. —

Dann sprachen noch ein „Organisationstöter", ein Genosse der Union und ein Syndikalist, der mit seinen Ausführungen anscheinend das Schlußwort hatte.

Die Ausführungen des Referenten der KPD. in einer öffentlichen Versammlung in Gröbers wiederzugeben, lohnt nicht, als waren das übliche, unseren Genossen ja bekannte Gerede über die Schlechtigkeit der Bürgerlichen, die zu einem neuen Kriege gegen die „Sowjet"-Union rüsten, und den Verrat der SPD., die das alles unterstützte. Kein Wort über die „Nützlichkeit" des Parlaments für das Proletariat. „Wir versprechen nichts." Hinein ins Parlament, jede Stimme der KPD. —

Ein Genosse der Union zeigte an den Beispielen des Verrats der SPD. — an dem grandiosen Verrat der KPD. beim Republikschutzgesetz, Mieterschutz- und Knappschaftsgesetz und der Arbeiter- und Bauernregierung in Sachsen auf, daß eine Partei, die sich am Parlament beteiligt, sich nicht dem dem Parlamentarismus innewohnenden Tendenzen entziehen kann. Daß eine solche Partei ganz naturnotwendig im Sumpf des Reformismus und parlamentarischen Betrugs versinken muß. Das Proletariat muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, muß zerschlagen den Parlamentsspuk, muß schaffen die den modernen Verhältnissen entsprechenden Waffen.

Nachdem noch ein Genosse der Union den Charakter der Räte und ihre Aufgaben im Gegensatz zum bürgerl. Parlament erklärt hatte, erhielt der Referent das Schlußwort.

Er vollführte einen Eiertanz um die von unseren Genossen aufgeworfene Fragen. Besonders interessant versuchte er das Verhalten der KPD. bei der Abstimmung des Republikschutzgesetzes zu rechtfertigen. **„Das Republikschutzgesetz wurde von der KPD. abgelehnt; das haben die führenden der Union ja festgestellt,** sagte er, **aber das Beamtendisziplinargesetz mußte von uns bewilligt werden. Reichswehr und Schupo waren von reaktionäre Elementen durchseucht, diese mußten beseitigt werden, damit an deren Stelle Sozialdemokraten kämen, die nach einem halben Jahr schon bewiesen hätten, daß sie nichts anderes tun können wie die reaktionären Elemente.** Auf einen Zwischenruf unserer Genossen, daß wegen dieser „Entlarvung" das Republikschutzgesetz angenommen wurde und die KPD. zugleich mitschuldig daran sei, war er sehr verlegen und hatte Mühe und Not, sein Schlußwort unter Dach zu bringen. Diese Versammlung zeigte klar und eindeutig:

Der Weg des Leninismus führt zur SPD.!

Der Lenin-Bund hatte zu einer öffentlichen Versammlung in Halle aufgerufen. An Hand der Dinge, die die KAP. schon vor Jahren gesehen resp. vorausgesagt hatte, versuchte der Referent die Notwendigkeit des Leninbundes zu beweisen.

Ein Genosse der KAP. bewies in seinen Ausführungen die Unmöglichkeit der vom Referenten aufgestellten Forderungen des Leninbundes an die KPD. und die 3. Internationale. Er stellte fest, daß diese „Fehler" nicht auf die unfähigen Stalin u. Co. zurückzuführen seien, sondern auf die theoretischen Halbheiten des Leninismus überhaupt. Der Weg den Heym und der „Volkswille" in Suhl gegangen sind, ist die konsequente Fortsetzung der Leninistischen Linie. Der Weg des Leninismus führt zur SPD. — —

Der Referent war völlig geschlagen und überließ den Genossen des L.-B. in Halle die Beantwortung dieser Fragen, indem er die Genossen aufforderte, mit der KAP. gemeinsam diese Fragen in einer Mitgliederversammlung beider Organisationen zu diskutieren. Wir haben die Genossen des Leninbundes beim Wort genommen und sie zu einer am 15. Juni stattfindenden Versammlung schriftlich eingeladen. An der Stärke unserer Argumente wird es liegen, zu beweisen, daß nur der Weg der KAP. und AAU. zur proletarischen Revolution führt. —

Oesterreich

Zwischen der Gruppe der Wiener Sympathisierenden der KAP. und einer trotzkistischen Gruppe, die sich von der Frey-Opposition abgespalten hat, fand an zwei Abenden eine Diskussion statt. Obwohl die Stinkbombe der Leninbundpolitik schon geplatzt war, das Ueberlaufen zur KPD. und SPD. etc. schon bekannt, hielten die Wiener Trotzkisten an der Politik ihrer Berliner Vorkämpfer fest. Ebenso leninistisch gelehrt wie politisch naiv, äußerten sie die Ansicht, daß Maslow und Ruth auf den Linkskurs Stalins hereingefallen und deshalb übergelaufen sein dürften, und daß man den Leninbund konsolidieren und in echt leninistischem Geiste weiterführen muß, gegen Stalin, aber für Rußland. Gegen unsere Aufklärungen über die Schieberpolitik der Maslowiken, deren Halbopposition immer nur auf Futterkrippen ausgegangen ist, versperrten sich die Genossen nicht, um so mehr aber gegen unsere Ablehnung des Trotzkismus und des Leninismus überhaupt. Ihr Programm geht dahin, die kapitalistische Entwicklung in Rußland zu drosseln und die europäische Revolution zu fördern und zwar durch Bekämpfung Stalins und Auf-den-Thron-Setzung Trotzkis. Unbedingt muß Sowjetrußland vom Weltproletariat verteidigt werden.

Unsere Genossen setzten auseinander, daß zwischen Stalinismus und Leninismus kein Unterschied besteht, daß für die Niederschlagung der Aufstände in Sachsen, Hamburg usw. der „echte Leninismus" verantwortlich ist, daß Rußland als zurückgebliebenes Land keine andere als kapitalistische Politik machen kann, daß es auf die Unterstützung durch die Weltbourgeoisie angewiesen ist, daher das Weltproletariat verraten muß. Hinter der Phrase von der Verteidigung des Arbeitervaterlandes verbirgt sich der neue Weltkrieg, den der verbündete deutsch-russische Imperialismus für den „Kommunismus" führen will, ähnlich, wie 1914 für die „Demokratie" gekämpft wurde. Nicht Hoffnung auf innerrussische Reformen, die ausschließen ist, nicht Stalin oder Trotzki, sondern Emanzipation des Weltproletariats von der konterrevolutionären russischen Führung. Schaffung eigener revolutionärer Organisationen, die allein aus den Notwendigkeiten des europäischen Klassenkampfes heraus arbeiten können. Das Weltproletariat darf nicht länger in den russischen Staatskarren eingespannt werden. Eingehend wurde die reaktionäre Außenpolitik Rußlands in Deutschland, Litauen, Türkei, China, Afghanistan usw. beleuchtet. Wäre Rußland ein Land proletarischer Diktatur, so würde dem König Amanullah nicht das Gehirn Lenins gezeigt werden, sondern der Arsch Lenins.

Die Diskussion war äußerst angeregt, zu einer Einigung kam es nicht, doch waren unsere Ausführungen jedenfalls sehr aufklärend.

Organisatorische Mitteilungen

KAP. Groß-Hamburg.

Eimsbüttel. Montag, den 11. Juni öffentlicher Diskussionsabend, Lokal Knappert, Fruchtallee 115. Tagesordnung: Was lehren die Wahlen? Was wird aus dem Lenimbund?—

Arbeitsausschuß.

Bezirkskonferenz der AAU. Ruhrgebiet.

im **Lokal Weber, Essen, Postallee**

Sonntag, den **17. Juni, vorm. 9 Uhr.**

Tagesordnung: 1. Die bewegliche Taktik. 2. Organisation. 3. Kassenbericht.

Ortsgruppen, die ihren Pflichten der Organisation gegenüber nicht nachkommen, können nur als Gäste teilnehmen. Schriftliche Mandate und Mitgliedsbücher als Ausweis erforderlich!

BAA. der AAU. Ruhrgebiet.

Chemnitz.

Zur Beachtung! Die „KAZ." ist nunmehr in der Bahnhofsbuchhandlung im Südbahnhof erhältlich und ersuchen wir die Genossen und Sympathisierenden, dieses breitest bekanntzumachen.

Vierzehntägig Sonnabends, abends 8 Uhr, finden unsere **öffentlichen Diskussionen** im Gasthaus „Zur Linde" (Theaterplatz) statt. Die nächsten: Sonnabend, den 9. Juni und 23. Juni,

KAP. — AAU.

Todesanzeige.

Am 7. Juni, morgens 4 Uhr, verstarb infolge Unglücksfalles im Virchow-Krankenhaus unser Genosse Georg Strübing im Alter von 29 Jahren. Genosse Strübing, der verantwortlicher Redakteur der KAZ. war, war seit 5 Jahren Mitglied der KAP. und AAU. und ein tüchtiger Parteiarbeiter und guter Genosse. Die Zeit der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

3. und 4. Unterbezirk.

Unentbehrliche Waffen für jeden klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind

Die KPD. im eigenen Spiegel . . . **0,75 Mk.**

Der Bonzenspiegel . . . . . **0,80 Mk.**

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Achtung! Achtung!

Jeder Genosse hat das Bestreben, nicht nur die SPD., sondern insbesondere die heuchlerisch-leninistische KPD. restlos zu entlarven. Wer das will, der beziehe umgehend die Broschüre:

„Die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und die Genfer Konferenz.

Amtliche Dokumente der Sowjetregierung.

Herausgegeben von dem Verlag des Herrn Prof. Hötzsch, deutschnationales Mitglied des bisherigen Reichstages und Redakteur der junkerlichen „Kreuzzeitung".

Die Deutschnationalen Arm in Arm mit der Granatenpartei. Jeder Genosse kann den Beweis führen, indem er die obengenannte beweiskräftige Broschüre zum Preise von 1,40 Mk. durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gustav Lange, Berlin O 112, Voigtstraße 112. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Lezdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 40

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 16. Juni 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42 Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Koalition

Der Ausdruck der Arbeitsgemeinschaft

Der Weg der Sozialdemokratie zur Koalitionspolitik ist kein Zufall, sondern eine notwendige Konsequenz des Uebergangs vom Klassenkampf gegen das Kapital zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. An die Stelle des Kampfes für die Arbeiterklasse ist der Kampf für das „arbeitende Volk" getreten, das wieder im Staat verankert ist. Der Staat ist nicht mehr der Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse gegen das aufsteigende Proletariat, sondern er ist der rettende Engel geworden, mit dessen Hilfe die herrschende Klasse zu einer „vernünftigen" Form der Arbeitsgemeinschaft, zu einer „sozialen" Ausübung der Herrschaft gezwungen werden soll. Nicht die Ueberwindung der Bourgeoisie, sondern die Teilung der Macht mit der Bourgeoisie ist nach dem Programm der Sozialdemokratie die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Dies kommt auch ganz klar in dem Wechsel des Programms zum Ausdruck. Die taktischen Forderungen des Erfurter Programms zur Ueberwindung des deutschen Absolutismus werden zum Fundament der Einrichtung im Gegenwartsstaat, der sozusagen die legale Brücke zum Sozialismus bilden soll. Der Ausblick auf den Sozialismus selbst ist nur noch eine leere Verbeugung vor der Vergangenheit, weil im ganzen Programm niemals der Boden der Arbeitsgemeinschaft verlassen wird. Sie ist das innerstaatliche und das überstaatliche Ideal. Die Sozialdemokratie hat bewußt aufgehört, eine Partei des Industrieproletariats zu sein. Sie zieht bewußt den gesamten Mittelstand, das Kleinbürgertum, als intellektuell übergelagerte Schicht heran, um aus ihm die Funktionäre für die Machtverteilung im Staat zu stellen. Sie sind die gekauften Sozialisten, welche die „mangelnde Reife" der Arbeiterschaft für die Arbeiten im bürgerlichen Staat ersetzen sollen. Akademiker und ehemalige Proletarier in gehobener Lebensstellung sind die Führer dieser Bewegung. Das, was Bebel als Entwicklung des Revisionismus im Jahre 1908 auf dem Dresdener Parteitage aufgezeigt hat, ist nicht nur Wirklichkeit geworden, sondern die Partei ist noch weit darüber hinausgegangen. Der Revisionismus wollte eine Arbeiterpartei mit intellektueller Spitze. Die heutige SPD. hat das Kleinbürgertum an masse aufgenommen und es zum die Partei beherrschenden Faktor gemacht. Der Aufstieg der Sozialdemokratie ist nicht auf eine stärkere Erfassung der Arbeiterschaft zurückzuführen, sondern auf eine bewußte Aufnahme und Durchsetzung der Partei mit kleinbürgerlichen Elementen. Die SPD. ist ein Sammelbecken für alle mit bürgerlichen „Freiheits"ideen aus wirtschaftlichen und persönlichen Motiven Behafteten des deutschen Bürgertums. In ihr tobt sich der deutsche Liberalismus aus. Die offizielle Demokratie ist gesättigt. Sie hat ihre kapitalistische Erfüllung erreicht und hat es nicht mehr notwendig, Geschäfte mit Kulturliberalismus zu machen. Die heutige Staatsform zwingt sie nicht mehr zur Opposition. Deshalb war es auch ein außerordentlich geschickter Schachzug, als die Sozialdemokratie dem Kleinbürgertum auch offiziell die Tore öffnete und die „Roten" zu salonfähigen Staatsbürgern machte. Die sog. Novemberrevolution und die auf sie folgenden revolutionären Kämpfe trieben das Kleinbürgertum der Sozialdemokratie zu, weil sie ihm als die einzige Retterin vor dem „Bolschewismus", der Untergang des Kleinbürgertums bedeutete, erschien. Damals strömten die Arbeiter aus der Sozialdemokratie in die USP. und KPD. Gerade deshalb war der Bruch mit der revolutionären Ideologie eine Notwendigkeit, um die Partei zu erhalten.

Ohne die verbrannten Vorkriegsversammlungsreden und ohne die Preisgabe programmatisch revolutionärer Kampfeseinstellung hatte man niemals die führerlos hin und herschwankende indifferente Masse des Kleinbürgertums heranziehen können.

Deshalb war auch das Görlitzer Programm kein Zufallsprodukt, sondern eine Notwendigkeit, die sich aus der nachrevolutionären Entwicklung der deutschen Machtverhältnisse ergab. Durch den Bruch mit der revolutionären Arbeiterschaft, der nach der Kriegsbeendigung sich offen vollzog, mußte die SPD. aus Selbsterhaltungstrieb auflösen, Arbeiterpartei zu sein. Die einzige Hilfe im Kampf gegen die alten herrschgewohnten Schichten der Bourgeoisie fand sie bei den Kleinbürgern, weil die Arbeiterschaft den revolutionären Weg wählte. Das Kleinbürgertum konnte sie nur an sich fesseln, wenn sie tatsächlich Machtpolitik im Gegenwartsstaat trieb.

(Schluß Seite 2)

Das Programm der „Linksregierung"

Verschärfte Knebelung des Proletariats

Durch alle Stürme der kapitalistischen Krise hindurch, durch Krieg und Revolution, durch Inflation und neuen Krieg, durch Fememordpatriotismus und Arbeitslosigkeit, durch Zuchthaus und Rationalisierung hat sich die deutsche Bourgeoisie auf den Felsen der Stabilisierung gerettet, umbrandet von den Wogen des Elends ihrer Lohnsklaven, dem Schrei der verhungernden Arbeitslosen, dem Fluch der Kriegskrüppel und dem Murren der am „laufenden Band" zur Verzweiflung Getriebenen. Die Demokratie hält die Proletarier mit tausend Ketten gefangen. Die Klassenjustiz hat ihre Bibel vervollständigt und fein säuberlich alle Paragraphen gezimmert, die für eine völlige Knebelung der Rebellen das gute „Recht" der Bourgeoisie dokumentieren. Das Schiff der Bourgeoisie ist klar. Ausgerüstet mit allen Erfahrungen der Vergangenheit sucht sie dem Chaos von neuem zu begegnen und der Rebellion ihrer Sklaven, die sie nicht mehr ernähren kann, Herr zu werden. Alle Mann an Deck! — Die Feinde der Arbeiterklasse treten wieder in offener Front vor das Proletariat:

Proletarier! Wollt ihr den Sinn eines grandiosen Aufwandes von „Theorie" und Phrase für und gegen die „große" und „kleine Koalition" begreifen, so macht euch den Sinn des Geschwätzes der Parteien und Organisationen durch deren Praxis in der Vergangenheit klar. Was seht ihr da, so eindeutig, so brutal, so klar, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist?

Ihr seht, daß unter einem Gewitter von Phrasen und Bergen von Zeitungspapier die Wahrheit begraben werden soll, um euch den Sinn des Tuns eurer Klassenfeinde zu verbergen und euch blind zu machen für die eigenen Aufgaben.

Welches ist die Rolle der Sozialdemokratie? Sie hat im Kriege an der Seite der Bourgeoisie und ihres verblödeten Militarismus gegen das Proletariat gefochten und hat an Gemeinheit und Niederträchtigkeit, an stinkendem Patriotismus und Verrat am Proletariat alles in den Schatten gestellt, was je in dieser Hinsicht vollbracht ward. Sie hat mit gemeinem Zynismus alle Anstürme des revoltionären Proletariats durch List und offene Brutalität unterbunden. Sie hat sich im Kriege, wie der Magdeburger und Münchener Prozeß erneut bewiesen, in die illegalen Streikleitungen gedrängt, um die Sklaven besser verraten zu können, und hat offen alle revolutionären Elemente ihren Auftraggebern, der Bourgeoisie, denunziert, damit sie rechtzeitig im Feuer der vordersten Linien erledigt werden können.

Sie hat nach dem Kriege die Landsknechte organisiert, die die Künder der Wahrheit und die Mahner des proletarischen Gewissens mordeten. Sie hat durch ihre Noske und Severing das Proletariat entwaffnen, seine kommunistische Vorhut massakrieren lassen, hat mit einem Worte an der Seite der Bourgeoisie gefochten mit einem Eifer und Geifer, wie dies nur Renegaten eigen ist.

Sie hat der Groß-Bourgeoisie geholfen, sich in der Inflation die Scheffel zu füllen und sich, getreu ihren „Grundsätzen" in übelstem Nationalismus überschlagen. Sie hat um die Fememordseuche gewußt und hat sie gedeckt. Sie hat anläßlich der Bewaffnung der weißen und schwarzen Reichswehr durch Rußland geschwiegen. Sie hat das niedergetretene Proletariat zu Ueberstunden gepeitscht und sie hat die famose Schichtungsordnung geschaffen. Sie hat die Rationalisierung begrüßt und gefördert und geholfen, die Arbeiterklasse der trockenen Guillotine auszuliefern durch Abschluß von Zwangstarifen, die für die Mehrzahl der wichtigsten Arbeiterkategorien bis in den Sommer 1929 laufen. Wie sie der Bourgeoisie half, das Proleariat niederzuhalten, war für sie stets eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn zweckmäßig, machte sie in „Opposition", wenn nötig, in „positiver Mitarbeit und Verantwortung".

Jetzt steht das Proletariat vor den realen Ergebnissen dieser Demokratie in den letzten zehn Jahren: und vor der eindeutigen Perspektive der nächsten Etappe der kapitalistischen Entwicklung. Was sehen wir da?

Wir sehen ein Millionenheer von Erwerbslosen — und eine zusammenbrechende Konjunktur. Wir sehen eine Preisrevolution von erschreckend stetigem Tempo — und die Zwangstarife, in die das Proletariat geschnedet ist. Wir sehen die neue Welle der Rationalisierung — denn allein in Amerika machte die kapitalistische Weltkrise fünf Millionen Arbeiter überflüssig, und das amerikanische Kapital rüstet zu erhöhtem Konkurrenzkampf auf den Märkten. Eine Schraube ohne Ende, die die Klassengegensätze notwendig immer weiter aufreißen muß. Die Groß-Bourgeoisie sucht durch ungeheure Profite sich zu entschädigen für kommende „schlechte Zeiten". Sie legte ganze Industrien still, wie der Streik in der Rheinschiffahrt beweist, weil sie weiß, daß ein ausgehungertes, geschwächtes, verzweifeltes Proletariat die Voraussetzung dafür ist, um auf lange Sicht den Kampf um „den Platz an der Sonne" durchführen zu können. Der deutsche Imperialismus hat das deutsche Proletariat an allen Flanken gepackt, hat es durch die Gewerkschaften einer staatlichen Kasernierung unterworfen, läßt es durch seine Gewerkschaftsdisziplin auf seine Verfassung schwören und die Einhaltung der Zwangstarife ist die Einhaltung von heiligen Befehlen, die Einhaltung von Kriegsartikeln geworden. Die Bourgeoisie hat gut gerüstet. Alles ist in bester „Ordnung". „Volldampf voraus" lautet ihre Parole.

Ueberlegt einmal, Proletarier: Hat es jemals eine kritische Situation **für die Bourgeoisie** gegeben, in der die Sozialdemokratie **nicht** eingesprungen ist? **Nein!** Auch daß sie jetzt nicht rasch genug Deckung hinter den Barrikaden der Bourgeoisie finden kann, hat seine Ursache darin, daß die Basis „zwischen den Klassen" zu schmal geworden ist. Eine Partei, die nur ein Ziel kennt: die Erhaltung des Kapitalismus, damit sie selbst erhalten bleibt, darf um ihrer selbst willen nicht zögern, rechtzeitig Deckung vor dem Proletariat zu suchen. Die Sucht der Bürokratie nach Aemtern und Würden tut das übrige, um aller „Verantwortungslosigkeit" den Krieg zu erklären, und die Verantwortung — gegenüber **dem Kapitalismus** zum Programm zu erheben. Die Front gegen das Proletariat ist von neuem geschlossen, so lückenlos, so raffiniert, daß nur ein Blinder nicht sehen kann, daß die Arbeiterklasse wieder unvorbereitet einem ungeheuren neuen Aderlaß ausgeliefert werden soll.

Wollt ihr das, Proletarier? Das wollt ihr nicht, und könnt ihr nicht wollen. Aber ihr seid in den verderbenbringenden Illusionen der Vergangenheit verstrickt, seid euch über euer eigenes Beginnen nicht im klaren, könnt an soviel Gemeinheit nicht glauben, trotzdem ihr soviel Gemeinheit erlebt habt; ihr träumt von einer Wiederkehr vergangener Zeiten und davon, daß „Einigkeit" an sich euch vorwärtsbringen, das schlimmste abwenden könne, und ihr habt von neuem die eigenen Henker gewählt, und schon durch die Betätigung im parlamentarischen Sinne euch selbst in Fesseln geschlagen; weil jede parlamentarische Partei staatserhaltend wirken muß, ob „links" oder „rechts". Die „Einigkeit" in diesem Sinne ist immer die Einigkeit mit den Agenten der Bourgeoisie und damit der Bourgeoisie selbst.

Diese Einigkeit mißt ihr brechen! Die Demokratie der Siemens und Borsig, der Klöckner und Thyssen ist **nicht** eure Demokratie! — Der Staat der kapitalistischen Ausbeuter ist **nicht** der Staat des Proletariats. Das deutsche „Volk" ist das Volk der Ausgebeuteten — und seiner Feinde, der Ausb

Die kommende Etappe wird dem Proletariat zeigen, daß es nur ein entweder oder gibt. Entweder zum Kulturdünger der bankrotten Bourgeoisie herabsinken, oder der Grundeinstellung proletarischer Klassenpolitik und Organisation zu ihrem historischen Recht zu verhelfen. Millionen schreiten täglich in die Betriebe, in die Bergwerke, in alle Ausbeutungsstätten des modernen Kapitalismus. Millionen Entrechteter, Versklavter, Verdummter, Verhöhnter. Sie allein sind die Kraft, um von Grund auf das kapitalistische Joch aus den Angeln zu heben. Ihre gegenseitige Verbindung allein bietet die Gewähr gegenseitiger revolutionärer Hilfe und aktiver Solidarität. Ein neues 1914 unter anderen, aber nicht grundsätzlich verschiedenen Bedingungen steht vor dem Proletariat. Und wieder erneut die Frage, ob es seine Freunde und seine Feinde zu unterscheiden vermag.

Die Fronten sind klar: klar die Programme der Klassen. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien haben begriffen, daß es um Sein oder Nichtsein geht. Das Proletariat zweifelt noch, zögert noch. Aber der Zwang der Geschichte wird das Proletariat lehren, daß es in dieser Gesellschaftsordnung keinen Ausweg gibt. Es wird handeln müssen, und sein solidarisches Handeln, sein solidarischer Kampf wird sich formen nach den Prinzipien der Allgemeinen Arbeiter-Union, als der Kampf der Klasse ohne Unterschied des Geschlechts und des Berufs. Ein leidensvoller Weg — ein Weg voll von Gräbern alter Illusionen. Aber ein Weg der inneren Erneuerung und der steigenden Zuversicht in die eigene Kraft. Die KAPD. hat nicht umsonst gekämpft. Ihre Zeit ist angebrochen. Die Zeit, wo die harte Diakektik der Entwickelung die Geister läutert und proletarische Politik zum eisernen Muß werden wird. Die Räte eurer Klasse, Proletarier, die revolutionären Räte als Ausdruck eurer Emanzipation als revolutionäre Klasse werden zur notwendigen Waffe, zum Kampf gegen die Barbarei und ihrer Quelle, den Kapitalismus, zur werdenden Macht des kämpfenden und siegenden Proletariats und seines Programms. Die KAPD. wird die Kräfte lockern und dadurch selbst die Kraft werden, die Arbeiterklasse zu befähigen, Schmied ihrer eigenen Zukunft zu sein.

Proletarier! — Sie kann fehlende Kräfte nicht ersetzen. Es ist Zeit, daß ihr euch selbst, daß ihr die Zeichen der Zeit begreift!

Koalition

(Schluß von Seite 1.)

Eine grundsätzliche Opposition kam nicht mehr in Frage. Selbst Mindestforderungen erwiesen sich mit der Zeit nicht mehr annehmbar.

Die Sozialdemokratie ist für ihre Weiterentwicklung darauf angewiesen, den Staatsapparat zu erobern. Sie bekennt sich daher immer wieder zur Verantwortungsfreudigkeit und reißt sich förmlich nach der Regierungsübernahme. Da die anderen Parteien wissen, daß die Sozialdemokratie um jeden Preis sich an der Macht erhalten muß, so nutzen sie diese Schwäche bis zum äußersten aus. Sie lassen sich gar nicht auf irgendwelche Forderungen ein, sondern treiben eine typische Erpresserpolitik. Jeden Augenblick drohen sie mit der Aufgabe der Koalition. In Erkenntnis dieser Sachlage hat der Parteitaguschuß auch den „gewählten" Führern freie Hand gelassen und ihnen lediglich die Ermächtigung gegeben, „herauszuholen, was herauszuholen ist". Sie ist auf die übelste taktische Situation des Verhandelns von Fall zu Fall zurückgedrängt und muß sich auf die Geschicklichkeit ihrer „Männer" verlassen.

Die Linken glauben, die SPD. noch zu einer Arbeiterpartei zurückführen zu können. Sie verlangen daher „die Verantwortung gegenüber den Massen voranzustellen der Verantwortung gegenüber dem Staat". Aus dieser Forderung geht hervor, daß sie sehr gut begriffen haben, welche Verpflichtung und Belastung das kleinbürgerliche Element für die Partei darstellt. Die Teilnahme an der Regierung und Verwaltung ist nur für das Kleinbürgertum von einschneidendem Interesse. Es hält damit auch gleichzeitig den Machtkampf der Arbeiterklasse mit Hilfe der Staatsgewalt nieder. Dadurch sichert es sich auch seine materielle Stellung und Unentbehrlichkeit im Wirtschaftsleben. Die Bourgeoisie unterstützt und nimmt das Kleinbürgertum nur dann zur Hilfe, wenn es es für die Durchführung seiner Pläne braucht, also in kritischen Zeiten und in den Epochen verschärfter Rationalisierung. Es ist wiederum an keine Situation gebunden, weil es keine wirtschaftlich selbständige, sondern eine entwurzelte Zwischenschicht ist. Niemals will es Macht in eigenem Namen, noch kann es sie in eigenem Namen ausüben. Für die Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft braucht aber die Partei Elemente, die mit den Regierungs- und Arbeitsformen des bürgerlichen Staates vertraut sind oder sich als selbmademan dazu emporgearbeitet haben. Es ist deshalb ein Unsinn, wenn man Koalitionspolitik auf revolutionärem Boden treiben will. Die taktische Situation der SPD. gestattet dies gar nicht, weil die SPD. nicht für die anderen bürgerlichen Parteien unentbehrlich ist, sondern umgekehrt, die anderen Parteien sind die Diktierenden, weil die SPD. die Koalition haben muß. Sie kann gar keine Forderungen stellen, sondern nur experimentieren.

Mit dieser an das Kleinbürgertum gebundenen Partei will die KPD. Koalitionspolitik treiben. Man weiß nicht, ob man mehr über die Demagogie oder über die Naivität erstaunt sein soll. Es ist eben alles in dieser Partei relativ. Die „Einheitsfrontaktik" ist auf der Gefühlsatlaeten berechnet, die man nicht mehr bestehen zu fangen glaubt. Für jeden die Entlarvungsmanöver, weil die KPD. solche parlamentarischen Scherze mit der SPD. machen will. Eine Arbeiterpolitik ohne gemeinschaftliche ideologische Grundlage ist natürlich wüstester Opportunismus. Vielleicht ist die Stalinpartei auch schon soweit gelangt, daß sie Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der SPD., soweit es geht, machen will. Es wäre dies der erste Schritt zur Wiedervereinigung. Versöhnungspolitik mit der SPD. bedeutet regelmäßig Verrat an der Arbeiterklasse. Sie führt zum parlamentarischen Kretinismus. Die „anti-parlamentarische" Partei macht parlamentarische Koalitionspolitik mit der die Republik am stärksten bejahenden Partei.

Daraus muß jeder Arbeiter den Wert der Radaupolitik der KPD. erkennen. Kaffeit ist die einzige Kampfbedingung. Sie verlangt eine Trennung von allen parlamentarischen Parteien. Deshalb ist die jede Scheineinheit ablehnende Stellung der KAP. gerechtfertigt. Die weitere Entwicklung wird den offenen Bankrott der parlamentarischen Parteien offen bestätigen und dem Proletariat beweisen, daß es selbst handeln muß.

An unsere Postabonnenten!

Genossen! Vom 18. bis 23. Juni kommt der Briefträger, um das fällige Zeitungsgeld einzuziehen. Die Zeitung kostet für das nächste Vierteljahr 2,— Mk. und 18 Pf. Bestellgeld. Monatlich kann die Zeitung nicht mehr bezogen werden. Legt das Geld zurecht, damit ihr die KAZ. weiter bekommt.

Ein Gaunerstück der Haitische des Dollarimperialismus

(Uebersetzt auf „The Republic" v. 23. 4. 28.)

Einer der wichtigsten Schritte in unseren Beziehungen zu Haiti ist jetzt in Angriff genommen worden. Der Staatsrat, dieser willkürliche und gegen die Verfassung verstoßende Regierungskörper mit dem ebenso willkürlich eingesetzten Präsidenten Borner wollen ein Gesetz annehmen, das Grundeigentum zu registrieren. Dies klingt unschuldig genug, ist aber nach der wirklichen Absicht von äußerst unwaldzenden Charakter. Der Haitianer hat Besitz an der Scholle zu Beraubet und die Ackerdistrikte von Haiti in amerikanischen Großgrundbesitz zu verwandeln. Diese ihres Besitzes beraubten Bauern sollen dann auf diesen großen Besitzungen arbeiten und da sie keinen anderen Ausweg hätten, ihr Leben zu fristen, würden allmählich in wirkliche Sklaverei verfallen. — Mexiko unter Diaz, wo die ihres Landes beraubten Indianer für wenige Cents grausam schuften mußten und gewöhnlich in dauernder Verschuldung gehalten wurden, bietet die bekannte Parallele.

Die amerikanische Besetzung hat nach dieser Richtung schon zwei wichtige Schritte unternommen. Die Verfassung von Haiti hatte früher den Fremden das Erwerben von Grundeigentum verboten, Entgegen der ausdrücklichen Verwerfung solcher Vorschläge durch die gesetzgebende Versammlung der Haitianer stellen die Amerikaner diesen Passus durch ihren Präsidenten Borner streichen. Die Besitztitel auf Haiti sind wie in allen Ländern Latein-Amerikas konfus und ungewiß. Sie stammen aus Zeiten, in denen solche genaue Ueberwachung gänzlich unbekannt war. Außerdem genießen Tausende dieser Bauern einfache Ansiedler-Rechte, welche häufig für viele Generationen bestanden haben. Es wäre eine grausame Ungerechtigkeit, die augenblicklichen Besitzer verjagen zu wollen. Auf dem Verwaltungswege sollten Kammern, von zwei Amerikanern und einem Haitianer besetzt, diese trockne Gouillotine über Haiti fallen lassen. Aber der amerikanische juristische Beirat hatte Bedenken.

Doch die amerikanische Okkupation wußte sich zu helfen. Sie zwang dem Lande Gesetze auf, welche dem Präsidenten durch Abscizbarkeit der Richter die Justiz in seine Hand gaben, um in Sachen des Grundbesitzes die gewünschten Entscheidungen zu erhalten.

Mit dem naiven Erstaunen, das allen Liberalen eigen ist, und das so viel Unheil in den Köpfen der Arbeiter anrichtet, schließt das Blatt etwa so seine Betrachtung: „Amerikanische Regierungsvertreter haben so oft wiederholt, daß wir Haiti diese 12 Jahre nicht für unser Wohl, sondern für das Wohl der Haitianer besetzt gehalten haben. Immer wieder haben wir versichert, daß wir unsere Marine zurückziehen würden, sobald wir das Land auf die Höhe unserer politischen Ordnung (sagen wir einmal von Chicago oder Philadelphia) gebracht haben würden. Jedoch nach 12 Jahren solcher Erziehungsarbeit setzen wir in Haiti solche Gesetze in Tätigkeit, welche eher eines Mussolinis oder Primo de Rivero würdig sind, als den Prinzipien eines Washington oder Jefferson entsprechen. Wir bauten ein Gesetz über Grundeigentum vor, welches zum größten Vorteil für die amerikanischen Kapitalisten sein wird, ein Gesetz, das die Taschen der Haiti-Regierung füllen, aber Tausende des Volkes zu Bettlern machen wird. Es ist ein Schritt, der vom Standpunkte der Mehrheit der neuen Republik nicht genommen werden sollte."

Diese „neuen Republikaner" sind köstlich. Sie verdunkeln Ihren Leserkreis und die Anhänger ihrer Partei dem brutalen Raubzug, den das große Geschäft seit Jahren gegen die amerikanischen kleinen Farmer und sonstigen kleinen Sparer unternimmt und sie wollen mit dem sanften Deckmantel der ehrlichen Kritik den Leuten Sand in die Augen streuen, um ihren Bissen abjagen. So oder so, die Proletarisierung und Verskla vung der Welt geht ihren ehernen Gang. Sklaven der Welt, steht auf!

Buchbesprechungen

Michail Lykow. Ein Helden- und Schieberroman aus Sowjetrußland von Ilja Ehrenburg. 560 S. Kartoniert 4.80, in Leinen 7.— Mk. Malik-Verlag.

Michail Lykow ist ein junger Arbeiter, ein Kommunist, der in der Revolution seinen Mann steht, an der Front kämpft, die kommunistische Hochschule besucht, empor kommt — Nepmann wird, schwindelhafte Geschäfte im In- und Ausland macht und — vor Gericht gestellt wird. Ehrenburg zeichnet uns eine Biographie, wie es dieser im heutigen Rußland tausende, aberteuende gibt. Michail Lykow ist ein Roman aus einem Stoff, wie deren schon unendlich viele über Rußland erschienen.

Und doch ist der Roman etwas anderes, eigentartiges, der die bisherige Literatur dieses Gebietes weit überragt. Ehrenburg sieht mit den Augen des Wirtschaftspolitikers und erfaßt die Charaktere mit der Seele des Psychologen. Mit einer Ironie, die wir an den Gesellschaftskritikern des zaristischen Rußland zu sehr schätzen, erreicht Michail Lykow die Gestalt eines Dostojewski'schen Helden. Wie er auf der sozialen Stufenleiter auf dem Rücken der Arbeiterklasse emporklimmt, steigert sich die Brutalität und Eigensüchtigkeit des selbstsicheren, groben und ungebildeten Emporkömmlings.

Das lebendig geschriebene spannende Buch sollte jedes Mitglied der KPD., jeder Arbeiter lesen, der die russischen Verhältnisse und die Politik der KPD. noch durch einen Führerwechsel ändern zu können glaubt. Als Illustration zu dem Ehrenburg'schen Roman könnte man die Prozesse hinstellen, die sich jetzt vor russischen Gerichten abspielen.

•

Maxim Gorki: Matwei Koshemjakin. Roman in 2 Bänden. 1. Der Sohn einer Nonne. 423 S. 2. Im Banne der Kleinstadt. 400 S. In Leinen 10.— Mk. Malik-Verlag.

Maxim Gorki, der sich aus einer trostlosen Proletarierjugend entriß, das Vagabundenleben durchkostete und alle Gesellschaftsstufen des zaristischen Rußlands durchlebte, ist wohl wie keiner vor ihm prädestiniert, in die russische Psyche einzudringen. Und in diesem zweibändigen Roman zeigt sich der Dichter als tiefer Kenner der russischen Volksseele. Seine Gestalten sind so lebenswahr, daß man sich unter sie versetzt fühlt. Spezifisch das Russische (vorrevolutionäre) Bauern ist hier so ergreifend geschildert, wie nie zuvor. Tiefste Religiosität, glühendste Vaterlandsliebe, wirkliche Menschlichkeit, gehen Hand in Hand mit teuflischsten Verbrechen, mit Suff und Ausschweifung, mit einer Demoralisation die erschütternd wirkt. Die Frau, eine Geliebte des Paschas, wird für eine Schuldsumme als Kaufobjekt erworben, zeitlebens als Weib geachtet, auf Jahrzehntemuß wie ein Sklave gearbeitet, auf Jahrzehntemuß wie ein Sklave gearbeitet, bis sie endlich die Freiheit erhält. Für 20 Kopeken gibt sich die landwirtschaftliche Arbeiterin als selbstverständlich hin, wer sie ihr bezahlt, für drei Rubel verkuppelt der Mann seine Lebensgefährtin und gibt als Zugabe, die Schwiegermutter für einen Rubel dazu, und noch dazu. Der Stiefmutter verkuppelt ihren fünfzehnjährigen um sein Schweizen zu erkaufen für ihre Liebelei mit dem Knecht, gibt sich ihm dann aber selbst hin. Habgier, Raubmord, sind ebenso selbstverständlich als wirkliches Wohltun.

Und schließlich, das ist auch wohl wichtig, ist der russische Bauer heute noch derselbe wie vor 15, 20 Jahren. Schade ist nur, daß der Proletarier die Bücher infolge ihres hohen Preises nicht kaufen kann.

Der Reichstag 1924—28. 4 Jahre kapitalistische Klassenpolitik. Handbuch der Kommunistischen Reichstagsfraktion. Preis 4,50 Mk. — **4 Jahre Welmarer Koalition in Preußen.** Handbuch der Kommunistischen Fraktion des Preußischen Landtags. Preis: 4,50. Beide: Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.

Für Jeden, der sich für die Politik der deutschen „demokratischen Republik" interessiert, ist der Einblick in den Gang parlamentarischer Politik von großer Wichtigkeit. Diese Angabe der Zusammenstellung von all den wichtigen Gesetzesvorlagen, Anträgen, Debatten und Beschlüssen im Reichs- und Landtage haben sich die beiden Bücher zur Aufgabe gemacht und diese in übersichtlicher Weise gelöst. Brutal und nicht zertreten enthüllt sich, trotz des Versuchs „objektiver Darstellung" der Klassencharakter der parlamentarischen Institution, allen Frazen sozialer Gesetzgebung und deren Behandlung durch die parlamentarischen Parteien; diese nur vom Gesichtspunkt kapitalistischer Realisierungsmöglichkeit. „Parlamentarische Volksherrschaft" bestimmt durch die ökonomisch herrschende Ordnung, den Kapitalismus. Doch so eindeutig parlamentarische Politik der verschiedenen parlamentarischen Parteien sich in diesen Büchern als antiproletarischer widerspiegelt, soviel „Objektivität" brachten die Schreiber der Handbücher nicht auf, auch ihre Tätigkeit den interessierten proletarischen Leserp mitzuteilen, um so ein vollständiges Bild zu bieten. Dann würde dieser Anschauungsunterricht zeigen, das man auch trotz größter revolutionärer Phrasen sich parlamentarisch realer Arbeit nicht auf die Dauer entziehen kann, wenn man nicht rückständiges mit dem bürgerlichen Parlamentarismus brechen will.

Politische Rundschau

Der gezähmte Löwe

Der KPD.-Landtagsvize wirft sich in Positur.

Der „Vorwärts" vom 13. Juni erteilt dem neugebackenen Landtags-Vizepräsidenten von der KPD., Herrn Schwenk, folgende Zensur:

„In der heutigen Sitzung des Landtages führte zum ersten Male der neugewählte kommunistische Vizepräsident Schwenk den Vorsitz. Er fand dabei Gelegenheit, dem preußischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun gegen nationalistische Störungsversuche **mit Energie Ruhe zu verschaffen.** Als der Nationalsozialist Haake Genossen Braun durch lärmende Zurufe unterbrach, **rief ihn Schwenk zweimal zur Ordnung** und drohte ihm mit **schärferen Maßnahmen — d. h. mit Ausschluß, falls er weiter lärmen sollte.**

Damit hat Herr Schwenk natürlich nur die Pflicht erfüllt, die er zugleich mit seinem Amte übernahm. Dennoch bleibt der kleine Zwischenfall ungemein lehrreich. Die kommunistische Presse beschimpft täglich jeden Sozialdemokraten, der als Inhaber eines Amtes die mit dem Amt verbundenen Pflichten gewissenhaft ausübt. Kommunistische Ruhestörer und Prügelhelden nimmt sie stets in Schutz. Kaum aber hat ein Kommunist ein Amt übernommen, das ihn zum Hüter der parlamentarischen Ordnung macht, so sieht man schon auch ihn um den Schutz ihrer verfaulten parlamentarischen Wirtschaft gewissenhaft bemüht. Man sieht, daß auch er zum Schutz der parlamentarischen Ordnung vor der Androhung des Ausschlusses nicht zurückschreckt.

Die Kommunisten könnten aus diesem kleinen Beispiel lernen. Die sozialdemokratischen Arbeiter freilich wissen längst, wie wenig ernst sie die Anklagen zu nehmen haben, die die kommunistische Presse täglich gegen sozialdemokratische Inhaber verantwortlicher Aemter zu erheben gewohnt ist.

Wie leicht ist doch so ein parlamentarischer Löwe zu zähmen. **Sein Kollege Golke flog wegen desselben parlamentarischen Verhaltens,** weswegen der neue Wächter parlamentarischer Ordnung den Hakenkreuzler mit der Fliege droht, weil er seinem Kollegen Braun nicht den genügenden Respekt entgegenbringt. Es ist halt ein kleiner Unterschied zwischen einem Löwen und einem Löwenteil, unter dem ein zerrissener Spießer sich als Tierimitator produziert, weilt halt das Geschäft etwas einbringt.

Die Flieger

Aus den Gewerkschaften.

„Immer mehr häufen sich in den Gewerkschaften die Ausschlüsse, die Funktionsentbehungen oppositioneller Arbeiter. Das Bestimmungsrecht der Mitglieder wird immer mehr eingeschränkt, der Gewerkschaftsbürokrat immer stärker in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei und Politik gestellt.

Einige Beispiele aus der letzten Zeit: **Die Ortsgruppe Königsberg** des Einheitsverbandes der Eisenbahner wurde von der Gewerkschaftsbürokratie aufgelöst, weil die Mitglieder den Kampf für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften und für Erhöhung der Reallöhne forderten. Durch Einbrecher und Polizeispitzel versuchte die Gewerkschaftsbürokratie „Beweis"material gegen die Ortsverwaltung in Königsberg zu bekommen.

Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Lüttich, wurde **ausgeschlossen,** weil er einen kommunistischen Antrag auf Bewilligung von 50 000 Mark für die streikenden Metallarbeiter im Stadtparlament unterstützte. **Der kommunistische Stadtverordnete in Magdeburg** aus dem DMV. hinauszuwerfen, weil sie im Auftrag der KPD. im Stadtparlament für die Unterstützung der streikenden Metallarbeiter eintraten."

In Essen wurde Genosse Schubert aus dem DMV. ausgeschlossen, weil er in seiner politischen Tätigkeit als kommunistischer Landtagsabgeordneter die arbeiterfeindliche Politik der SPD. und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Osteroth, der als Direktor der Staatsgrube Rheinbaben der Entlassung von 400 Arbeitern zustimmte, öffentlich verurteilte und bekämpfte.

Die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes hat den Ausschluß der Genossen Ulbrich und Kiefert beim Hauptvorstand beantragt, weil diese Genossen im Sinne der Gewerkschaftsopposition arbeiten. Im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes hat jetzt die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes den **Ausschluß des Genossen Wilhelm Pieck** beantragt. Sie hat ferner den **Ausschluß von sechs kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern** und die **Funktionsentbehung von weiteren sieben oppositionellen Ortsverwaltungsmitgliedern** als Antrag zur Generalversammlung beschlossen. Auch hier soll der Funktionärkörper von oppositionellen Mitgliedern gesäubert werden.

In zahlreichen anderen Gewerkschaftsorganisationen wurden oppositionelle Verbandsmitglieder ausgeschlossen, oder der Funktion entboben, weil sie gegen die wirtschaftsfriedliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Reformisten Stellung nahmen, weil sie gegen die Schlichtungs- und Koalitionspolitik protestierten und weil sie im Interesse der Arbeiterklasse die Umwandlung der Gewerkschaften in Kampforganisationen verlangten. In einigen Fällen wurden sogar Arbeiter ausgeschlossen, weil der „Verdacht" bestand, daß sie „beabsichtigen", im Sinne der Opposition zu arbeiten."

Diese „Erfolge" über die „Eroberung der Gewerkschaften sind nachzulesen in der „Roten Fahne" vom 10. Juni. In einem langen Artikel werden alte Zellenbauer aufgefordert, nun erst recht in den Gewerkschaften zu „arbeiten" — bis auch sie hinausfliegen, und die Faulenzer, die noch in den Gewerkschaften sind, weil sie sich nicht entschließen „arbeiten", ebenfalls von außen her auffordern können, ihre Pflicht zu tun. Außer der Feststellung, daß die „tüchtigen Gewerkschaftler" so fest sitzen wie eine Filzlaus, braucht die „Rote Fahne" anscheinend ihren Lesern Rechts mehr zu bieten, sie kann daher auch über die Konsequenzen, die sich aus dem Bankrott ihrer Gewerkschaftspolitik ergeben, zur Tagesordnung übergehen. Hat die Bedürfnislosigkeit der KPD.-Arbeiter schon einen solchen Grad erreicht, daß die Bürokratie ihnen Verlautbend einen solchen Blödsinn glaubt vorsetzen zu können?

Revolutionäre Schinken

Die Abteilung Wedding des Arbeiterschützenbundes — so schreibt der „Vorwärts" — veranstaltete vor kurzem ein Stiftungsfest, das in seiner Aufmachung dem Geschmack dieser Mitglieder alle Ehre macht.

Zu der Fahnenweihe wurde ein tüchtiges Preisschießen veranstaltet, das selbstverständlich der Veranstaltung erst die richtige Weihe gabt. Als Preise hatte man bei allerlei Firmen des Berliner Nordens recht schöne Sachen zusammengeschnorrt. So konnte man durch einen Schuß ins Schwarze eine moderne Wanduhr, einen Koffer mit Toilettenartikeln (besonders geeignet fürs Arbeiterwochenende), ein paar Damenschuhe oder eine blaue Mütze gewinnen. Als Clou war ein brattfertiger Schweineschinken und sechs Flaschen Wein ausgeschrieben, die man unter Benutzung von ebenfalls zu gewinnenden Bratpfannen und Kochtöpfen zu Schinken in Burgunder verwandeln konnte. Eine Rotfrontschalmeienkapelle machte schließlich die Tafelmusik dazu, die Bedürfnisse der Arbeiter eine moderne Wandlung

Jahre 1919, aber die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter war um 14 Prozent gefallen. Dasselbe ist in der Landwirtschaft der Fall. Ihr Ertrag stieg im genannten Zeitraum um 10 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter fiel um 5 Prozent. Man kann diese sonderbaren Gegensätze verstehen, wenn man erfährt, daß drei Viertel der Kohle Amerikas auf mechanischem Wege gefördert wird. Der Stahltrust erzeugt heute dreimal soviel Roheisen als im Frieden und beschäftigt nur die gleiche Anzahl von Arbeitern.

In der Landwirtschaft sind durch die neue Verbreitung der Mäh- und Dreschmaschinen 130 000 Arbeiter entbehrlich geworden. Die Mechanisierung, die Vereinfachung der Erzeugung, die Vereinheitlichung des Prozesses, all diese Götter des amerikanischen Lebens nehmen dem Arbeiter das Brot weg.

Die Fabriken erzeugen immer mehr mit immer weniger Leuten, da die Mechanisierung immer weitere Fortschritte macht.

Die Mechanisierung macht dabei nicht Halt in den Hochöfen des Stahltrusts und den Fordwerken zu Detroit. Auch im wilden Westen triumphiert sie. Man sucht nicht mehr mit Cowboys nach dem versprengten Vieh, dafür leisten kleinere Kraftwagen bessere Dienste. Reklame in Zeitungen macht den Geschäftsreisenden entbehrlich. Und selbst der Beruf, mit dem ein Herabgekommener oder ein Grenhorn immer die paar Cents verdienen konnte, die er zum Leben braucht, der eines Geschirrwaschers, kann seinen Mann nicht mehr ernähren. Man braucht keinen mehr, seit es auch dafür Maschinen gibt.

Die Mechanisierung ist also so weit gediehen, daß der intensive und verstärkte Gebrauch von Maschinen wohl die Erzeugung vergrößert, aber den Bedarf an menschlichen Arbeitskräften verringert hat. Daraus erklärt es sich auch, daß

in keinem Lande der Welt so viele Menschen von unproduktiver Arbeit leben wie gerade in Amerika

und Berufe ausüben, bei denen sie wieder die wirtschaftliche Rolle eines Verteilers noch eines Erzeugers spielen. Nicht etwa, weil es in Amerika mehr Spitzbuben gibt als anderswo, sondern weil man von irgendetwas leben muß, findet man dort soviele Schönheitsdoktoren, Psychoanalytiker, Quacksalber, Winkelanwälte, Kurpfuscher, Wahrsager, Handleser, Graphologen, Astrologen, anrüchige Grundstücksmakler, Alkoholschmuggler und tausend andere, die von ihrem Witz auf Kosten der Einfältigen leben.

Oesterreich

Der Verrat der österreichischen Sozialdemokratie im Lichte sozialdemokratischer Kritik.

In Oesterreich haben die Gewerkschaften einen großen Streik der Arbeiter gegen die Alpine Montangesellschaft und den Stahlwerksverband erfolgreich abgewürgt. Nachfolgender Artikel des Sozialdemokraten Frei aus Wien, den wir dem linkssozialdemokratischen Pressedienst entnehmen (S. Politik und Wirtschaft) gibt trotz seiner vorsichtigen und gewundenen Formulierungen genügend Aufschluß.

Es wurde hier in der vorigen Woche über Ausbruch und Bedeutung des Streiks in den Betrieben der Alpinen Montangesellschaft in Steiermark und Kärnten berichtet. Die Frage lautete: Werden die Gewerkschaften den Kampf gegen den Austrofaschismus aufnehmen?

Sie haben ihn nicht aufgenommen, obwohl sie ihn angedroht haben. Der Kampf ist beendet, ehe er begonnen hat. Am 25. Mai wurde der Wortlaut einer Vereinbarung veröffentlicht, die zwischen den beteiligten Verbänden und den Unternehmern abgeschlossen wurde. Diese Vereinbarung bringt die übereinstimmende Meinung der Vertragschließenden zum Ausdruck, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei, einer Gewerkschaft, oder einer sonstigen Vereinigung, welcher Einstellung oder Art immer, kein Grund für die Verweigerung der Aufnahme eines Arbeiters in einem Betrieb, oder für seine Entlassung aus einem Betrieb oder für eine Benachteiligung durch den Unternehmer, seine Beamten oder die Arbeitskollegen anderer Richtung bilden darf."

Diese Vereinbarung wird in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ein trauriges Kapitel einleiten. Mit ihr ist das Prinzip der geschlossenen Werkstatt durchbrochen und die Verwendung der Heimwehren in den Betrieben — ein bisher wilder Zustand — durch die Zustimmung der Gewerkschaften vertraglich sanktioniert.

Was wird die unmittelbare Folge dieser Vereinbarung sein? Die Unternehmer werden die freigewerkschaftlichen Arbeiter nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft benachteiligen. Gewiß nicht; die Herren werden sich an den Vertrag halten. Aber sie werden die freigewerkschaftlichen Arbeiter nichtsdestoweniger benachteiligen und die ihnen so gesinnungsverwandten „selbst" Heimwehrmitglieder bevorzugen. Wird doch sogar in der Vereinbarung [illegible]st hervorgehoben, daß die Unternehmer sich das Recht der freien Arbeiteraufnahme vorbehalten und bloß erklären, daß sie auch „auf der Arbeitsvermittlung des staatlichen Arbeite[illegible]ses bedienen wollen. Auch der staatlichen Vermittlung, heißt soviel wie auch der Heimwehrvermittlung. In dem Wettbewerb zwischen Heimwehr und Gewerkschaft wird die Heimwehr selbstverständlich die teils stille, teils offene Förderung des Unternehmers finden. Das muß zur Folge haben, daß „Heimwehren, also die „gelbe" Gewerkschaft nach und nach versuchen wird, der freien Gewerkschaft den Rang abzulaufen. Man wird sich nicht darüber wundern dürfen, daß die Arbeiter sich von der Gewerkschaft verlassen fühlen werden, die nicht einmal die volle Wiedereinstellung der entlassenen Streikenden durchsetzen konnte.

Man muß den Tatsachen ins Auge sehen. Die Gewerkschaften haben eine Vereinbarung geschlossen, die die Arbeiter vor der Unternehmerwillkür schützt, sondern sie ihr ausliefert. Es ist mit dieser Vereinbarung das verwirklicht, was die schärfsten Hetzer im Parlament mit dem sog. „Antiterrorgesetz", das von den Sozialdemokraten so sehr bekämpft wurde, erreichen wollten.

Warum dieses klägliche Ergebnis? Die Antwort lautet: Weil man einem Kampf in der gegenwärtigen Situation unbedingt ausweichen wollte. Das aber wußte schließlich auch der Gegner, trotz scharfer Resolutionen und flammender Zeitungsartikel. Er wußte zu Gunsten eines Kampfes der Arbeiterschaft eine Tendenz stark und mächtig ist, die einen Kampf unbedingt vermieden wissen will. Diese Sabotage der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft durch diejenigen, die einen Kampf aus politischen Gründen nicht haben wollen, drückt sich im Verhandlungsergebnis aus. Das ist die bittere Wahrheit.

Dieses Verhandlungsergebnis wird von den Hüttenberger Streikenden [illegible] einstimmig abgelehnt. Bedeutet dies die Fortführung des Kampfes? Keineswegs. Niemals ging es um den Kampf der wenigen Hundert Hüttenberger Arbeiter, immer nur um die Zehntausende der Alpineslaven. Die Hüttenberger werden jetzt, nachdem die Gewerkschaften den eigentlichen Kampf abgeblasen haben, auf verlorenen Posten ein heroisches aber vergebliches Lokalgefecht bis zum bitteren Ende durchkämpfen.

Als Otto Bauer in den Jultagen dem Bundeskanzler Dr. Seipel gegenüberstand, da handelte es sich nach seiner Darstellung in seiner Parlamentsrede bloß um ein „Prestigeopfer", das gebracht zu haben Otto Bauer mit Stolz erfüllte. In Wirklichkeit ist damals schon das Schicksal der steierischen Arbeiter, und nicht nur dieser, entschieden worden. So wie auf zwei drei folgt, so folgte, nein so mußte folgen, auf die Preisgabe des „Prestige", die Preisgabe der Lebensinteressen. Denn was bedeutet das leere Wort „Prestige" im Klassenkampf? Im Klassenkampf ist es kein leeres Wort, sondern da hat es realen Inhalt. Es bedeutet ganz einfach Ausstrahlung vorhandener Macht. Und was bedeutet Macht im Klassenkampf? Es bedeutet wirtschaftliche Vorteile, Abwehr wirtschaftlicher Nachteile, mit einem Wort die Möglichkeit zur Befriedigung wirtschaftlicher Interessen. Prestigevergrößerung der Bourgeoisie bedeutet Machtvergrößerung der Bourgeoisie, Machtvergrößerung der Bourgeoisie bedeutet die Möglichkeit, ungehemmt zu tun, was ihr nützt, und ihre Klasseninteressen rücksichtslos durchzusetzen, ihre Wucherzölle zu diktieren, Konsumenten und Arbeiter ungehemmt auszubeuten, den Betriebsabsolutismus zu errichten, Prestigevergrößerung des Proletariats bedeutet: sozialpolitische Gesetze, lebensmögliche Betriebsverhältnisse, erträgliche Löhne. „Prestige" um das in jenen verhängnisvollen Minuten zwischen dem Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse gerungen wurde, das ist nichts anderes als die Frage, ob man unsere Drohungen, unsere Ankündigungen, unsere Willenskundgebungen ernst nimmt oder nicht. Es ist kein Anlaß, stolz darauf zu sein, auf dieses „Prestige" leichten Herzens verzichtet zu haben.

Das wird jetzt, da die Rückwirkungen jenes Prestigeverlustes offenkundig geworden, auch jenen klar werden, die es damals vielleicht nicht sehen wollten.

Nun kommt zu jenem Prestigeverlust ein zweiter, nicht minder schwerwiegender. Wir haben wieder gedroht und die Drohung nicht erfüllt. Dadurch wird die Niederlage von Hüttenberg zu einer Niederlage der Gesamtarbeiterschaft.

Wir schrieben in unserem vorwöchigen Bericht: „Wenn eine politische Kampfstellung bis zur Entscheidung gereift ist, dann bedeutet Ausweichen soviel wie Kapitulieren". Das haben in Oesterreich vorläufig nur die klassenbewußten Führer der Bourgeoisie begriffen. Ihr Siegesgeschrei ist groß — und nicht unberechtigt. Aber es ist klar, daß wir auf diesem Wege einer Katastrophe entgegengehen, daß uns kein noch so schöner Wahlsieg bewahren wird. Die Zeichen sind nicht mißzuverstehen und was sie künden, ist bedrohlich.

Aus der Internationale

Aus der Arbeiterbewegung Bulgariens

I.

Bulgarien macht keine Ausnahme in den allgemein bekannten Tendenzen aller kapitalistischen Länder auf seinem stramm organisierten Kampf des Kapitals gegen die freiheitliche Bewegung des Proletariats. Diesem Kampfe aber den Trotz zu bieten, erwies sich die sog. KPB. vollkommen unfähig. Und trotzdem ist sie auch heute noch die einflußreichste Partei in Bulgarien. Dies ist darin zu begründen, daß sie im Gegensatz zur SP. unablässig den Kampf um die Reinlichkeit der Grundprinzipien des Marxismus führte und sich bis September 1923 nie irgendeinen Vorwurf auf Verletzung des Prinzips des selbständigen Klassenkampfes zur Last legen ließ. Ihr ganzes politisches Bestreben war auch danach gerichtet, alle ökonomischen und politischen Kämpfe geschickt auszunützen, um den Arbeitern in das Bewußtsein zu bringen, daß sie die alleinige Vertreterin der Arbeiterklasse und daß alles, was außerhalb der Partei stehe, vom Übel sei.

Die Massen, treu ihrem proletarischen Instinkt, folgten ihr blind nach. Dies um so mehr, da sie die engsten Beziehungen mit den Gewerkschaften, die sie für den sektiererischen Geist der Partei den besten Boden fand. So wachs die Partei organisatorisch und wurde 1923 wirklich eine „Massenpartei".

Die Periode 1919 — das Datum ihrer heiligen Umtaufe zur KPB. — bis 1923 und 1928 stellt die interessanteste metamorphose Entwicklung der Partei dar.

Nach dem Kriege haben sich alle bürgerlichen Parteien jeden politischen Kredit bei den Massen verloren. So war es ein leichtes Spiel des Bauernbundes, um 1919 die politische Macht an sich zu reißen. Er kam ans Ruder im Namen eines großzügigen Volksprogramms, welches meistens gegen die Großbourgeoisie gerichtet war. Unter „Volk" verstand die Bauernregierung gewiß nur das arbeitende Volk im Dorfe. Alle arbeitenden Bauern sollen zu ihren Rechten kommen. Dies ist aber nur möglich, wenn man zur Expropriation der großen Grundbesitzer schreitet. Dagegen lehnte sich gewiß die große Stadt- und Dorfbourgeoisie energisch auf, doch Stamboliski ließ sich gar nicht einschüchtern und schritt brutal gegen jede Rebellion seitens der Bourgeoisie ein. Die Bourgeoisie lahmgelegt, die armen Bauern einigermaßen befriedigt, die Handwerker mit allerlei Versprechungen abgespeist, fühlte sich die Regierung Stambolfski unangreifbar. Doch die Arbeiter? Sie erhoben Ansprüche, die die Regierung rundweg ablehnt und ihnen mit allerlei Drohungen und Repressalien entgegenkommt. Es hat sie dem Eisenbahnstreik 1919 brutal niedergeworfen, alle kommunistischen Lehrer aus den Schulen hinausgeworfen, die egyptische Fronarbeit auf 10 Tage eingeführt, den Arbeitern alle Versammlungs- und Streikrechte gekürzt und zu allerletzt ihre Partei- und Gewerkschaftshäuser niederbrennt.

Was tat nun die KPB.? Sie „rüstete" zum Kampfe. Und zwar nach allen Richtungen hin. Sie rief die Massen auf, erstens den Kampf um die Sicherstellung der durch die Konstitution garantierten unveräußerlichen politischen Rechte aufzunehmen, zweitens gegen alle revolutionär denkenden Arbeiter in Parteien und Gewerkschaften, die mit der Politik der Partei nicht einverstanden sind, energisch vorzuschreiben; drittens Sammelisten in Umgang zu setzen, um neue monumentale Häuser zu bauen und viertes alles darauf einzusetzen, das Parlament durch Stimmzettel zu erobern und von dort aus den bürgerlichen Staat zu sprengen. Während also die Reaktion wütete, erschöpfte sich die Erfüllung eines antirevolutionären Programms ersten Ranges.

Wir sehen also, in welchem unheilvollen Widerspruch die theoretischen revolutionären Schwätzereien der Partei zu ihrer faktischen Kampffähigkeit in der Praxis standen.

Als Reaktion zogen diese antirevolutionäre Politik der Partei entstand die linkskommunistische Bewegung. Doch wurde sie damals nicht vom klaren Verstande geleitet, sondern gegen alle veralteten Methoden und Formen, die die Partei und Gewerkschaften zu Bollwerken der Konterrevolution machten, getragen, sondern sie richtete ihre fruchtbare Kritik hauptsächlich gegen die Führung der Partei, als wäre sie das einzigste Uebel in der Bewegung. Mit Recht faßten die Arbeiter diese oppositionelle Bewegung als solche einiger unbefriedigten Karrieristen auf und schimpften sie Provokateure.

Je mehr jedoch die herrschende Reaktion Vorbereitungen traf, auf Partei und Gewerkschaften herzufallen und sie zu unbedingter Kapitulation zu zwingen, desto mehr wuchs auch der Einfluß der sog. Linken in der Partei. Da aber, wie gesagt, die Linken ihren Kampf prinzipien-, ideen- und taktlos nur der Parteiklique ansagte und sich nur im Namen dieses Kampfes Terrain zu verschaffen suchte, so wurden sie, einer nach dem anderen, aus der Partei herausgeworfen.

Um diese Zeit entstand auch die vielberühmte Theorie von den 3/4, d. h. die Theorie über das Mundhalten in der Partei. Ein jeder soll ein für alle Mal anerkennen, daß die Revolution zum 3/4 von außen und nur zu 1/4 von innen abhängt.

Dieses loyale Verhalten der Partei ermöglichte der Reaktion hat kein Vertrauen bei den Herrschenden zu erwecken vermocht, da andererseits die Partei die engsten Beziehungen mit der russischen bolschewistischen Regierung unterhielt und nur ein sklavischer Agent ihrer Politik in Bulgarien war.

Doch bevor noch die Regierung dazu kam, mit den bulgarischen Bolschewiki abzurechnen, kam der 9. Juni.

Es war kein Geheimnis, daß sich ein bürgerlicher Block zusammentat, um die Bauernregierung niederzuwerfen, die ihre ganze ökonomische Politik auf Bereicherung der Großgrundbesitzer und Lähmlegung des Finanzkapitals eingestellt hatte, d. h. den heiligen Kampf des Dorfes gegen die Stadt proklamierte.

Die KPB. wußte wohl, daß ein Sieg über die Bauernregierung auch einen Angriff auf die KP. selbst zur Folge haben würde. Donnernde Mahnungen gegen die Reaktion füllten alle ihre Zeitungen. — **„Die Arbeiterschaft ist bereit, jeden Kampf anzunehmen und die Reaktion wird wohl über tausende und abertausende Arbeiterleichen marschieren müssen, wenn sie den Sieg erringen will."** (9. Juni 1923.) Im Nu wurde die Bauernregierung Stambolfskis gestürzt. Und was geschah? Alle Minister wurden eingesperrt und massakriert, alle Bauernorganisationen aufgelöst, tausende sich widersetzende Bauern niedergemetzelt und die Reaktion des industriellen und Finanzkapitals feierte ihren großen Triumph.

In diesem Staatsstreich zeichnete sich die Partei, mit einer stoischen Gleichmütigkeit ohne gleichen aus. Abwartend ging sie zur Tagesordnung über mit der dümmsten Argumentation, es handle sich nur um einen Kampf zwischen Dorf und Stadtbourgeoisie, der die Partei garnichts angehe.

Diese Stellungnahme der Partei bekräftigte noch mehr die Position der immer noch tastenden und nach dem richtigen Weg zur Leninschen Politik suchenden Elemente der Opposition. Doch charakteristische Ambitionen trugen auch hier das Verderbnis hinein und so wurde ein jeder Versuch, organisatorisch und einheitlich den Kampf, wenn auch nur gegen die führenden Personen aufzunehmen, zuschanden gemacht.

Es war eine furchtbar ernste Situation für die bulgarische Arbeiterschaft. Es schien in den Tagen vom 9. Juni bis September, als ob die Partei den Sieg über die Reaktion schon zu 100 Prozent in der Tasche hatte. Die Parole, „wir lassen uns nicht provozieren!", und „wir werden ruhig die Stunde abwarten und dann losschlagen", dämpften einigermaßen die Kampfstimmung. Bevor sich noch die denkenden Arbeiter dazu aufrafften, aus ihrem eigenen Erleben heraus die falsch klingenden Töne auf den kommenden Kampf einer gründlichen Kritik zu unterziehen und daraus die logischen Schlüsse zu ziehen, da sauste eines schönen morgens — 12. September — auf die immer noch dem Klassenkampfe treu gebliebenen Mitglieder der Partei und der Gewerkschaften der vernichtende Schlag der Reaktion. Die Stunde war gekommen, doch träumten in ihrem Versteck die Parteiführer ihren seligen Traum.

Nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung hat es eine miserablere Kapitulation vor dem Feinde gegeben als diese der KPB. — In zwei Stunden war die „Massenpartei" von der Oberfläche der schönen Erde Bulgariens verschwunden. Die Führer rührten sich nicht. Empört und stürmisch aufgeregt von dieser Untätigkeit der Partei, griffen, aus ihrer eigenen Initiative heraus, die Arbeiter selbst die bewaffneten Trappen der Regierung an, um sich zu verteidigen.

Je tragischer sich die Vorgänge für die Arbeiter gestalteten — **„da sie mit nackten Händen, aber mit gehobenem Enthusiasmus zum bewaffneten Aufstand sich erhoben"** (Aufruf der KPB. vom Dez. 1923) — desto komischer war die Lage der Parteiführer. Denn während hie und da die Massen selbst, aus eigenem Ermessen, die Initiative ergriffen und auf eigene Faust Maßnahmen treffen, die zersplittert kämpfenden Revolutionäre zu einem planmäßigen Vorgehen zu organisieren, entspinnt sich im Stabe der Partei ein heftiger Streit ob die Stunde zum handeln wirklich gekommen sei. Und erst als die Massen nicht mehr aufzuhalten waren, und die Revolution schon ihre ersten Opfer nahm, da gerahten nur einige der „bewährten" Führer ihrer lächerliche Heroenpose einzunehmen.

Wie bekannt, ist die Revolution blutig geschlagen worden. Ueber 25 000 Arbeiter und Bauern waren von der bulgarischen Soldateska auf das bestialischste niedergemordet worden! Um diese Dummheit der Arbeiter nicht umsonst mit ihrem teuren Blute zu zahlen, überließen die Herren Führer ihrem eigenen Schicksal und flohen über Serbien nach Rußland, um ihr erbärmliches Dasein weiter zu führen und von dort aus die bulgarische Revolution zu „leiten".

(Fortsetzung folgt.)

Die Gummiknüppel-Demokratie.

Berichtigung.

Im gleichnamigen Artikel auf der ersten Seite voriger Nummer hat der Korrektorteufel nicht auf den Druckfehlerteufel aufgepaßt, der durch Zwischenschieben falscher Zeilen Unfug anrichtete. Es muß ab 19. Zeile von oben heißen: „die geniale Entdeckung machten, daß die Gummiknüppelheiden „Brüder im Waffenrock" sind, die „Bauernsöhne", daß das Schicksal der ausgebeuteten Massen diese ausgesiebten Schergen nicht berührt, die für ihre Pfifferlinge ihre Pflicht tun. Sie stehen genau so, wie ihre parlamentarischen Brüder auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, und diese gegebene Tatsache ist usw.

Organisatorische Mitteilungen

KAP. Groß-Hamburg.

Barmbeck, Dienstag, 19. Juni, 8 Uhr, Lokal Eckelmann, Hamburg 22, Bartholomäusstr. 1.

1. Das Programm der Moskauer Internationale:
2. Lage in der Partei (Rundschr. d. GHL. usw.).

Alle Genossen müssen erscheinen!

Barmbeck, Dienstag, 3. Juli, Lokal Eckelmann, Hamburg 22, Bartholomäusstr. 1.

Tagesordnung: Kapitalismus und Landwirtschaft.

KAZ.-Leser Hamburg-Altona!

Ab 1. Juni ist die Kolportage auf Postlieferung umgestellt worden. Soweit dies noch nicht geschah, wird es im Laufe des nächsten Monats geschehen. Die Kassierung dieser neuen Postbezieher geschieht durch die Ortsgruppe selbst. Wir erwarten, daß alle Leser die Juniquittung prompt einlösen. Die alten Postbezieher werden zunächst noch weiterhin vom Briefträger kassiert.

Arbeitsausschuß.

Oeffentliche Mahnung!

Nachstehende Ortsgruppen sind mit der Abrechnung der KAZ. mehr als 4 Nummern im Rückstand: Ronsdorf ab Nr. 23; Ludwigshafen Rh. ab Nr. 9; Weißenfels ab Nr. 1.

Unterbezirks-Kassierer!

Bis zum 30. Juli sind alle Beitragsabrechnungsbücher mit den Markenbeständen an den Hauptkassierer abzuliefern (auch Kampffond und Parteitagsmarken). Ab 1. August Ausgabe von neuen Beitragsmarken.

Im Mai gingen für Pressefond der KAZ. ein: Gen. Erismann, Neukölln 10,— Mk.; 2. Unterbezirk, Berlin 14,70 Mk., Gen. Kukmüller 1,— Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Gustav Lange, Berlin O 112, Voigtstraße 112. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg Nr. 41

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 23. Juni 1928

Alle Zahlungen auf Pöstscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die „Regierungsbildung"

Noch immer kann das deutsche „Volk" die Früchte seines Wahlsieges nicht ernten, noch immer ist jenes Gebilde, Regierung genannt, nicht zustande gekommen, mit dem die Deutsche Republik und Demokratie sowie Herr Parker Gilbert und alle wirklichen sonstigen Machthaber und wirklichen Regierer Deutschlands die Blöße ihrer Diktatur in neuer Kostümierung verdecken wollen. Der Kuhhandel hinter den Kulissen des Reichstages geht weiter. Jetzt setzt man gar drei Lesungen an, wie sonst bei Gesetzentwürfen, um Zeit zu gewinnen und tröstet die gläubige bürgerlich-sozialdemokratische Gemeinde mit der Phrase, es sei die Regierungsbildung bisher nur in der ersten Lesung gescheitert. Die zweite und dritte würde sicher bessere Ergebnisse zeitigen. Inzwischen vertrödelt der Reichstag das „Linksrucks" seine Zeit in völlig leeren Zeremonialsitzungen, die von Kunstpausen unterbrochen werden. Die Massen der sozialdemokratischen und sonstigen kleinbürgerlichen „Links"wähler aber warten mehr oder minder geduldig auf die versprochene Bescherung.

Natürlich ist der Verlauf der Verhandlungen um die Bildung dieser sogenannten „Regierung" dennoch ein vollkommen eindeutiger und gerade das Faszit und die Endsumme jener 10 Jahre kapitalistischer Nachkriegskrise und sozialdemokratisch-parlamentarischer Geschäftemacherei, die die deutsche Republik mit ihrem glorreichen Namen deckt. Nur daß man vom Parlamentarismus, der die politische Lüge selbst ist, nicht verlangen kann, daß er im Rahmen seiner Politik die objektive Wahrheit über das, was ist, ans Licht bringt oder gar ausspricht.

Die Sache begann damit, daß die SPD. die sogenannte „Initiative" ergriff, indem sie sich platt auf den Bauch warf und den anderen bürgerlichen Parteien einen gewissen Körperteil zum Draufschlagen präsentierte. So wartete Hermann Müller diesmal selbst nicht mehr, jene Scheinbedingungen zu stellen, die die Masse so leicht für wirkliche Forderungen hält und die so oft, auch nachdem sie längst aufgegeben worden waren, sich als geeignete Mittel erwiesen, die Arbeiter bei der Stange zu halten und der Sozialdemokratie ihren Betrug zu erleichtern. Die Sozialdemokratie erstieg den Gipfel ihrer Staatsräson, indem sie, wie gesagt, selbst solche Bedingungen nicht mehr stellte.

Heute stehen die Dinge so, daß die offen bürgerlichen Parteien der „bedingungslosen" Sozialdemokratie keinen Spielraum mehr lassen und ihr den Weg ihres Auftretens nach außen und innen bis in die Einzelheiten vorschreiben.

An der Spitze der Angreifer steht die ausgesprochenste Fraktion des Schwerkapitals, die Deutsche Volkspartei. Ihr schließen sich das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Demokraten an und ihren vereinten Kräften wird es gelingen, den Linksschwindel der Sozialdemokraten noch früher zum Platzen zu bringen als es den Führern an der Spitze dieser bürgerlichen Arbeiterpartei vielleicht lieb ist.

Auf allen Gebieten meldet die Bourgeoisie offener denn je ihre Einzelforderungen an. Zwar ist eine förmale Einigung bis zu dem Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, noch nicht erzielt worden. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß die Sozialdemokratie bald kapitulieren und alles das vertrennen wird, was sie vor kurzem angeblich angebetet hat. Die „Bedingungslosigkeit", mit der sie in den Kuhhandel hineinging, erleichtert ihr diesen Umfall. Dennoch wird es schwieriger denn je sein, diese Kapitulation, die groteske Formen annimmt, vor einem Teil der Arbeiter, die die Sozialdemokratie wählten, zu decken und zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokratie lehnte die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums durch einen Christlichen ab und bat den Zentrumspfaffen Brauns, es in seinen bewährten Hände weiter zu behalten. Sie wußte wohl warum. Denn an der Elendslage der Arbeiter und dem Skandal der Schlichtungspraxis ändert selbst der schönste „Wahlsieg" nicht das Geringste. Mit Recht quittierte die Zentrumspresse dieses eben so gemeine wie hündische und doppelzüngige Verhalten der SPD. mit Spott und Hohn, denn diese hatte einen guten Teil des Wahlkampfes mit dem Geschrei gegen den Minister Brauns und seine Arbeits- und Tarifvertrage bestritten. In noch schlimmere Verlegenheit aber geriet die „größte" Partei des preußischen wie des deutschen Reichsparlaments angesichts der anderen Forderungen, die der bürgerliche Partner ihr stellt. Da ist auch nicht das Tüpfelchen auf dem i vergessen worden. So gräbt das Zentrum seinen Schulgesetzentwurf wieder aus, und Herr Gröner, der von Stampfer im „Vorwärts" über die Hutschnur gepriesene Patentdemokrat präsentiert den leidigen Panzerkreuzer. Selbst den Verfassungstag der Noske-Republik wollen die vereinigten Reaktionäre nicht von Staats wegen feiern und fischen so den Sozialdemokraten selbst dieses Wassersüppchen weg. Die Amnestie entschwindet in nebelhafter Ferne. In Preußen kommt die große Koalition und was bleibt ist der nackte Bankerott, verbrämt durch ein paar sozialdemokratische Ministersessel und den Reichskanzlerstuhl des Herrn Hermann Müller-Franken, d. h., wenn es überhaupt so weit kommt.

Hinter diesem Bankerott, wie er ärger nicht gedacht werden kann, steckt aber ein gut Teil Bankerott der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Wirtschaft selbst, der auch durch Wahlmätzchen, die immer billiger werden, auf die Dauer nicht verschleiert werden kann. Noch ist gerade erst das Frühjahr vorüber, und die Zahl der Arbeitslosen, die in den Vormonaten etwas fiel, steigt von neuem; im Kohlenbergbau aber wächst die Zahl der Feierschichten trotz der Rationalisierung und unerhörten Schikanierung der Arbeiterschaft. Es ist nun einmal nichts mit der „Stabilisierung" trotz Moskau und trotz ADGB. Die Dinge nehmen ihren Lauf. Die Offensive des deutschen Kapitals geht unentwegt weiter. Selbst das Washingtoner Abkommen, ein ausgesprochenes Unternehmergesetz, soll nach dem Willen der führenden Deutschen Volkspartei von der Regierung der großen Koalition nicht ratifiziert und angenommen werden. Denn auch den Schein des Entgegenkommens will die deutsche Bourgeoisie vermeiden. Sie kennt die kritische Lage der Dinge recht gut und ist gewillt, nicht mehr zurückzuweichen. Das klägliche Argument des „Vorwärts", daß die Partei der Schwerindustrie „kapitalistische Forderungen" stelle, und eine „Einigung" nicht möglich sei, und die sofortige darauffolgende Botschaft, daß die Volkspartei „einknickt", beweist zur Genüge, daß die Vertreter des Kapitalismus mit den parlamentarischen Kretins spielen wie die Katze mit der Maus.

Dazu steht es durchaus nicht im Widerspruch, daß sie gerade jetzt mit dem Gedanken spielt, die Sozialdemokratie in die Regierung hineinzunehmen; aber es wird die Sozialdemokratie sein, wie die Bourgeoisie von heute sie braucht. Und selbst die Phrase, mit der sie sich bisher schminkte und schmückte, wird ihr nicht mehr gestattet sein. Die Sozialdemokratie in der Regierung wird nichts mehr als ein Name sein, eine Leimrute, auf die nur noch die Dümmsten kriechen.

Die Partei der „Einheitsfront", die KPD., steht heute noch beiseite und reibt sich vergnügt die Hände. Wenn aber als letzter parlamentarischer Ausweg nach dem Zusammenbruch aller übrigen Illusionen die „Arbeiter- und Bauernregierung" am Horizont aufleuchtet, dann naht auch das Ende des deutschen Bolschewismus, den heute von der Sozialdemokratie nichts anderes trennt als die gefällte Kasse Moskaus und der neu entfachte Wahn der Massen, die in der KPD. eine Arbeiterpartei sehen. Die Brandlerei von 1923 und alle die sonstigen parlamentarischen Schweinereien der KPD. in Mecklenburg und anderswo sind unrühmliche Vorzeichen dessen, was einmal kommt.

Noch schläft das deutsche Proletariat in seiner Masse. Es ist vom Wahlsieg heimgekehrt und hat sich auf die andere Seite gerollt, um unter der Obhut seiner Gewerkschaftsbonzen und Parlamentarier treuherzig weiterzuschnarchen. Aber die Logik der Dinge zeigt sich auch hier stärker als die Logik der Menschen.

Allerdings wird das deutsche Proletariat zum siegreichen Kampf erst erwachen können, wenn es die bürgerliche Gesetzestreuerömmigkeit und -Hörigkeit endgültig abgestreift hat und über die Gewerkschaftszäune und parlamentarischen Dämme hinweg den Kampf aufnimmt.

Erst dann wird ihm die KAP. die Führerin werden können, die ihm zum Kampfe unentbehrlich ist. Bis dahin aber gilt es für alle revolutionären Arbeiter durchzuhalten und den Proletariern Deutschlands und aller Länder den Weg zur Befreiung unermüdlich aufzuzeigen, auf den nicht zuletzt die Entwicklung der Dinge und Verhältnisse selber weist.

Eine Entdeckung!

Die Prognose des Professors

Das Weltkapital bemüht sich, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen von Krisen geschüttelte Wirtschaft durch Anwendung stärkster Konzentrations- und Rationalisierungsmethoden wieder in ein Gleichgewicht zu bringen. Insbesondere das deutsche Kapital ist stolz auf die mit diesen Maßnahmen erzielte Konjunkturperiode des Jahres 1927/1928, durch die sie die Krisenjahre überwunden hat. Mitten in dieses gesteigerte Selbstbewußtsein platzt die Botschaft des durch seine Gutachtertätigkeit bei der Regelung der Lohnstreitigkeiten im Kohlenbergbau plötzlich „berühmt" gewordenen Prof. Schmalenbach hinein, daß die prachtvollste Wirkung dieser wirtschaftlichen Umstellung „die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx sei". Er kommt zu dem Resultat, daß die heutige Wirtschaftsform, die er im Gegensatz zu der Wirtschaft der freien Konkurrenz des 19. Jahrhunderts als „gebundene Wirtschaft" bezeichnet, schon die Vernichtung des Kapitalismus bedeute. Eine Rückkehr zum System der freien Wirtschaft hält er für ausgeschlossen, weil die neue Wirtschaftsform als ökonomisches Prinzip der alten weit überlegen sei.

Diese Entdeckung, die keine Entdeckung ist, begleitet die kapitalistische Presse mit angsterfüllten Kommentaren. Die „Vossische Zeitung" ist sich klar darüber, daß sich die Wirtschaft am Scheideweg befinde. In der sozialdemokratischen Presse ist begreiflicher Weise die Erregung am stärksten, weil diese evolutionistische Ansicht dieses bürgerlichen Professors einen Beweis für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Doktrin und Praxis liefern könnte. Das Kölner Organ spricht von einem Ende des Kapitalismus. Der „Vorwärts" freut sich über das Zugeständnis der „Palastrevolution im Hochkapitalismus". Als kluger Taktiker dämpft er die Unkenrufe des kapitalistischen Professors und meint ganz trocken, die gebundene Wirtschaft sei zwar eine Etappe zum Sozialismus, bleibt aber blühendster Kapitalismus, wenn auch unter der Kontrolle des Staates. Die Errungenschaften des heutigen Hochkapitalismus, die Ausbeutungspraktiken des deutschen Großkapitals wagt er doch nicht als beginnenden oder vollendeten Sozialismus anzusprechen. Für die Vorwärtsgarde genügt die staatliche Kontrolle oder besser die staatliche Ohnmacht als Feigenblatt für ihren angeblichen Kampf für die Arbeiterschaft um verstärkten Anteil am Sozialprodukt.

Die großen Handelsorgane, das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" bemühen sich um den Nachweis, daß die Ansicht Schmalenbachs lediglich auf der Entwicklung der Eisen- und Kohlenindustrie beruhe, daß dagegen die übrige Industrie insbesondere die Fertigindustrie nach wie vor den Gesetzen der freien Wirtschaft unterliege. Diese Aufrechterhaltung der Illusion von der Notwendigkeit des Handels ist für seine Vertreter von außerordentlicher Bedeutung. Mit der fortschreitenden Einbeziehung sämtlicher Wirtschaftszweige in die sogenannte gebundene Wirtschaft wird der Handel völlig ausgeschaltet und das kleine und mittlere Kapital in Industrie und